

Plenarrede Donnerstag, 30. November 2023

1. Drastischer Anstieg antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD

Drucksache 18/7010

Herr Präsident!

Meine Damen und Herren!

Mit Erschrecken müssen wir die beispiellose Zunahme antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis nehmen. Seit dem Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober gab es RIAS zufolge in Deutschland pro Tag durchschnittlich 29 antisemitische Vorfälle. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von sieben Vorfällen am Tag in 2022 sei dies ein Anstieg von 314 Prozent.

Besonders beunruhigend ist, dass seit dem 7. Oktober laut RIAS NRW allein in Nordrhein-Westfalen 22 antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld von Jüdinnen und Juden registriert wurden.

Das Bundeskriminalamt hat seit dem Terrorangriff bis Mitte November bundesweit rund 3.700 Straftaten mit Bezug zum Nahostkonflikt erfasst. 680 davon seien Meldungen zu antisemitischen Straftaten gewesen.

Für Jüdinnen und Juden in Deutschland sei Antisemitismus ein „alltagsprägendes Phänomen“. Daher zögen sich viele Jüdinnen und Juden in ihre Privaträume zurück, vermieden es, in der Öffentlichkeit Hebräisch zu sprechen und versteckten ihre Kippot unter Mützen, berichtete RIAS dem WDR.

Wenn sich Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland nicht mehr sicher fühlen können, dann müssen wir als Politik jetzt und mit aller Kraft reagieren.

Jüdinnen und Juden sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, ebenso wie die Überzeugung, dass der Staat Israel ein Existenzrecht hat. Wer das anders sieht, hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Für uns gehört es zum Selbstverständnis, dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Jeder antisemitische Vorfall, jeder Angriff auf Jüdinnen und Juden ist nicht nur ein direkter Angriff auf ihre Würde und ihre Rechte, sondern auch auf die Grundsätze des Liberalismus.

Deshalb haben wir gemeinsam mit CDU, SPD und Grünen den Antrag „Solidarität mit Israel: Antisemitismus entschieden bekämpfen“ verabschiedet. Wir zeigen gemeinsam null Toleranz gegenüber antisemitischen Vorfällen und stehen eng an der Seite aller jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Ebendarum ist es wichtig, dass wir jetzt entschlossen die Debatte führen, wie wir den Antisemitismus in unserem Land in Zukunft noch konsequenter bekämpfen können.

Die Anhebung der Transfermittel der Antisemitismusbeauftragten ist ein wichtiger Bestandteil, um Antisemitismus entgegenzuwirken.

Institutionen wie die Landeszentrale für politische Bildung müssen ebenfalls gestärkt werden; denn Bildung spielt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Vorurteile.

Obwohl derzeit utopisch wirkend, muss es unser Ziel sein, dass unsere jüdischen Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Synagogen keine hohen Mauern oder Polizeischutz mehr brauchen.

Befremdlich ist allerdings, dass sich nun ausgerechnet die AfD als Vorkämpfer gegen Antisemitismus inszeniert. Dabei ist doch längst offensichtlich, dass die Partei einen instrumentellen Bezug zum Thema hat: Antisemitismus wird primär bei Flüchtlingen und Muslimen gesehen.

Antisemitismus in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und in der eigenen Partei nimmt man hingegen kaum zur Kenntnis.

Insbesondere mit der Aufarbeitung des Holocaust tut sich die AfD schwer. Nur beispielhaft dafür die Stichworte „Vogelschiss“ und „180-Grad-Wende der Erinnerungskultur“.

Bekanntnisse zum jüdischen Leben in Deutschland dienen der AfD zu einer migrationsfeindlichen Positionierung.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Antrag der AfD-Bundestagsfraktion „Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen - Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen“, Drucksache 20/9151 vom 7. November 2023.

Dass in der AfD die Judenfeindschaft primär bei den Muslimen gesehen wird, führt im Diskurs zudem zu einer Entlastung des eigenen politischen Spektrums.

Empirische Befragungen, gerade auch die von der AfD in dem genannten Antrag als Beleg für ihre Thesen aus der Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung vom Juli 2023 „Antisemitische Einstellungen in Deutschland“ herangezogene, zeigen nämlich: Antisemitische Einstellungen kommen besonders stark bei der Anhängerschaft der AfD vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe noch genug Redezeit, um das hier konkret zu machen. Ich zitiere aus der Bundestagsdrucksache 20/9151:

„Nach einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sind antisemitische Einstellungen unter Muslimen in Deutschland stärker verbreitet als in der restlichen Bevölkerung: [...] (KAS, Antisemitische Einstellungen in Deutschland, 2023, S. 9).“

Ich hätte der AfD empfohlen, mal die Seite 12 dieser Studie aufzuschlagen. Zitat:

„Antisemitische Einstellungen sind in der AfD-Anhängerschaft weiter verbreitet als in anderen Parteianhängerschaften. [...] Beispielsweise stimmt jede fünfte Person mit AfD-Präferenz eher oder voll und ganz zu, dass reiche Juden die eigentlichen Herrscher der Welt seien [...].“

Seite 13 – Zitat –:

„Ein erhöhtes Antisemitismuspotenzial im Elektorat der AfD ist angesichts der Überschneidungen von Rechtsextremismus-nahen Einstellungen [...], Verschwörungsglauben [...] und antisemitischen Einstellungen nachweislich plausibel.“

Diese Studie ist von der AfD ja anerkannt worden. Sie zitieren sie selbst in Ihrer Bundestagsdrucksache. Dann können Sie das hier doch nicht leugnen,

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

sondern müssen es schon komplett lesen. Eine solche selektive Auswahl und Wahrnehmung lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren. Es gehört dazu, dass man sich des Phänomens komplett und insgesamt annimmt.

Zum Schluss möchte ich nochmal betonen: Die FDP-Fraktion steht an der Seite Israels und der Jüdinnen und Juden in Deutschland.

NIE WIEDER IST JETZT!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!